

Antrag Nr.: 0084/2012/AN
Antragsteller: Grüne/gen.hd
Antragsdatum: 17.10.2012

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat I, Kämmereiamt

Beteiligung:

Betreff:

**Resolution BImA-Gesetz
(Bundesanstalt für Immobilienaufgaben)**

Antrag

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	25.10.2012	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Abbildung des Antrages:

Stadt Heidelberg
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Eckart Würzner

E-Mail: 01-Sitzungsdienste@Heidelberg.de



Heidelberg, 16.10.2012

Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates beantragen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß § 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg im öffentlichen Teil die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

Resolution BImA-Gesetz

Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg möge folgende Resolution beschließen:

„Die Konversion ehemals militärisch genutzter Flächen bedeutet für jede Kommune eine große Herausforderung. Diese ist nur dann erfolgreich zu bewältigen, wenn die Rolle der Kommunen im Konversionsprozess von allen Akteuren gestärkt wird.

Besonders wichtig hierfür ist, dass bei der Entwicklung und dem Verkauf der Konversionsflächen durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) ein Wechsel von rein betriebswirtschaftlichen zu volkswirtschaftlichen Bewertungsrichtlinien erfolgt. Eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der regionalen oder kommunalen Zielsetzungen muss möglich werden, auch wenn dadurch ein geringerer wirtschaftlicher Ertrag erzielt wird. Die Stadt Heidelberg spricht sich dafür aus, dass die dazu notwendige Rechtsgrundlage geschaffen wird. Ein vom Land Baden-Württemberg initiiertes Gesetzentwurf des Bundesrates (Bundestagsdrucksache 17/10334) liegt dazu vor.

Die Stadt Heidelberg fordert die Abgeordneten des Deutschen Bundestags auf, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben dahingehend zu verändern, dass im Sinne einer nachhaltigen und an regionalen Zielvorgaben orientierten Entwicklung der militärischen Konversionsflächen auch strukturpolitische Zielsetzungen bei deren Verwertung Beachtung finden.“

Begründung:

Die Land Baden-Württemberg hat über eine Bundesratsinitiative einen Gesetzesentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht, der eine Änderung des BImA-Gesetzes zum Gegenstand hat. Die Abstimmung im Deutschen Bundestag ist in den nächsten Wochen zu erwarten.

Einige von der Konversion betroffene Städte, Gemeinden und Landkreise haben Resolutionen verabschiedet, in denen der Deutsche Bundestag aufgefordert wird, eine für die Kommunen günstigere Vorgehensweise der BImA zu beschließen, so zum Beispiel die Stadt Bamberg. Es ist den Zielen Heidelbergs förderlich, wenn auch die Stadt Heidelberg sich mit einer Resolution an den Deutschen Bundestag richtet.

gezeichnet Fraktionsgemeinschaft Grüne/gen.hd

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Bundestag Antrag Änderung BImA, Gesetzentwurf
A 02	Sitzungsvorlage Bamberg – Resolution